

Walter Haubrich

## Die politische Kultur

Was waren das einst, über 20 Jahre ist es schon her, doch so schöne Zeiten für Spaniens Politiker! Heute erinnern sich noch viele von ihnen mit Nostalgie an die letzten Jahre der Franco-Diktatur und den Beginn der *transición*, des Übergangs zur Demokratie, als sie, die Männer und Frauen der Politik, die Protagonisten der Zeitungsreportagen, der Kaffeehausgespräche und der Radiodebatten waren – die wahren Helden ihrer Zeit. Und das, obwohl es während der Diktatur Francos ja eigentlich gar keine Politik gab und in den ersten Jahren nach dem Tod des Diktators die Spanier sich zunächst einmal in das öffentliche politische Tun und Meinen einfügen mußten. Unter Franco gab es natürlich auch eine politische Administration des Staates, doch den mit dieser Administration Beauftragten waren ganz enge Grenzen gesetzt; eigene Initiativen und Vorschläge durften sich nur auf Details innerhalb eines von oben, von dem Diktator selbst festgelegten Rahmens beziehen. Die freie politische Debatte war verboten. Gegen Ende der Diktatur wurden politische Vereinigungen erlaubt, allerdings nur innerhalb der Nationalen Bewegung, der Nachfolgeorganisation der Einheitspartei Falange. Und doch sprach ganz Spanien damals von Politik, und viele Spanier betätigten sich politisch, allerdings illegal und von Polizei und Justiz ständig bedroht. Die Arbeiterschaft war stark politisiert und demonstrierte gegen die Diktatur auf den Straßen der großen Städte. Nicht wenige Arbeiter bezahlten ihren mutigen Protest mit dem Leben. In den vielen regen politischen Cafés saßen Intellektuelle und Künstler, vom aktiven Tun ausgeschlossene Politiker und in der gesamten Revolutionsliteratur bewanderte Studenten und spielten rhetorisch alle möglichen Umwälzungen in ihrem Staate durch. Spanien hatte damals erstaunlich interessante politisch-kulturelle Zeitschriften, die trotz Zensur in einer wenn auch nicht allen, so zumindest den Eingeweihten verständlichen Sprache die kühnsten Staatstheorien und Revolutionsmechanismen verbreiten konnten. Junge Spanier, die sich in den letzten fünf Jahren der Diktatur als »unpolitisch« bezeichneten, galten unter ihren Bekannten aus der gleichen Generation als wenig intelligent, feige oder extrem opportunistisch.

Gut 20 Jahre später gibt sich eine Mehrheit der Spanier als an der Politik überhaupt nicht oder wenig interessiert. Die Politiker erfreuen sich keines großen Ansehens mehr. Die Umfrageergebnisse, wie sie etwa der Band *La realidad social en España*<sup>1</sup> veröffentlicht, sprechen da eine deutliche Sprache: Die politischen Parteien erhalten die schlechtesten Werte unter den Institutionen und gesellschaft-

---

1 *La realidad social en España* 1993-94. Bilbao 1995, S. 959ff.

lichen Organisationen. Auch die Regierung der Nation, der Abgeordnetenkongreß, der Senat, die Gewerkschaften und der Arbeitgeberverband werden weniger geschätzt als etwa die Krone, das Verfassungsgericht, der Ombudsmann (*Defensor del pueblo*), ja sogar noch weniger als Kirche und Streitkräfte – zwei Institutionen, denen am Ende der Diktatur und zu Beginn des Übergangs besonders viel Mißtrauen entgegengebracht wurde.<sup>2</sup>

Spanier, die sich selbst als rechts einstufen, geben erwartungsgemäß der Kirche, den Streitkräften, dem Arbeitgeberverband und der Krone besonders gute Noten und bewerten Verfassungsgericht, Abgeordnetenkongreß, Gewerkschaften und Parteien, die wiederum von den Linken höher geschätzt werden, schlecht. Das mag die These bestätigen, daß Spaniens Rechte, die ja »die gleichmacherische Demokratie« jahrhundertlang bekämpft hatte, das heutige demokratische System zwar, wenn auch widerwillig, akzeptiert hat, doch keineswegs dieses System für das beste oder am wenigsten schlechte aller Regierungsformen hält. Etwa die Hälfte der traditionellen spanischen Bourgeoisie dürfte in ihren tiefsten Überzeugungen weiterhin antidemokratisch sein. Diese politische Rechte, die mehr als in anderen Ländern mit den wirtschaftlich bevorteilten Volksschichten identisch ist, zeigt sich fest entschlossen, ihre überkommenen Privilegien zu verteidigen. Viele Angehörige dieser Gesellschaftsschichten können es schwer verwinden, daß in der jetzigen Demokratie auch Spanier anderer sozialer Herkunft auf wichtige, ja bestimmende Posten im Staate gelangen können. Daß Spanien nur von Leuten aus ihren Schichten regiert werden dürfte – einzelne Emporkömmlinge lassen sich integrieren –, gilt ihnen als eine Art Naturrecht. Klassenkampf, von oben gegen unten geführt, existiert in manchen gesellschaftlichen Sektoren Spaniens immer noch. Die Redensart »esta gentuza, que nos gobierna« war in den Jahren einer gemäßigten linken Regierung, in der mehrere Arbeitersöhne und zeitweise sogar ein Arbeiter saßen, in den sogenannten feinen Kreisen, in der bürgerlichen Oberschicht und unter Aristokraten häufig zu hören, wobei sich das Wort *gentuza* (Gesindel) gezielt auf die angebliche oder tatsächliche Herkunft der Regierenden bezog.

Hat nun der erste, wenn auch knappe Wahlsieg einer Partei der Rechten, seit Spanien wieder demokratisch ist, mit dem Rückgang des politischen Interesses zu tun? Die 1977 und 1979 erfolgreiche *Unión del Centro Democrático* (UCD) war eine Partei der Mitte oder rechten Mitte, ein Zusammenschluß ideologisch unterschiedlicher Gruppen, stark verwurzelt auch in den sozial schwachen Schichten. Der *Partido Popular* (PP) hat sich zwar zuletzt als *partido del centro* definiert, ist aber ideologisch, in der Herkunft der Parteiführung und dem sozialen Verhalten

2 Die Organisationen der Sozialpartner, Gewerkschaften und Arbeitgeberverband, haben sich in den achtziger und neunziger Jahren immer wieder politisch geäußert und manchmal auch betätigt, so daß sie von vielen Spaniern vorwiegend als politische Organisationen verstanden werden.

seiner Stammwähler eine klassische Partei der konservativen Rechten. So sehr auch die alte spanische Rechte und natürlich noch mehr die lange Rechtsdiktatur politisches Denken und Tun verachtete oder unterdrückte, wäre es doch falsch, im fehlenden politischen Interesse den wichtigsten Grund für den Wahlsieg der Rechten im März 1996 zu sehen. Die jüngste Wählergruppe in Spanien, die der unter 24jährigen, zeigt sich gewiß zugänglicher für konservative Optionen als die gleiche Generation vor zehn oder etwa vor zwanzig Jahren, doch bezeichnet sich immer noch eine Mehrheit der Bevölkerung als politisch zur linken Mitte und zur Linken gehörig.<sup>3</sup> Der Wahlsieg einer konservativen Partei, die bis zu Beginn der neunziger Jahre ihr scheinbar festes Dach von 25% nicht durchbrechen konnte, hat sicher etwas mit der verbreiteten Politikverdrossenheit zu tun, daneben aber auch andere, leichter faßbare, konkretere Gründe. Für den Verdruß an der Politik lassen sich ebenfalls eine ganze Reihe von Ursachen aufführen: die große Macht einer mit absoluter Mehrheit regierenden Partei, die lange Zeit – dreizehneinhalb Jahre – der gleichen Partei an der Regierung und vor allem die zahlreichen Korruptionsfälle in und im Umkreis einer linksgerichteten Partei, die, als sie 1982 die Regierung übernahm, versprochen hatte, der Korruption ein Ende zu setzen. Dieser Partei, der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE), nahmen die Spanier die Korruption besonders übel, weil die Partei bis dahin als ehrbar gegolten hatte, und weil man Korruption aus langer Erfahrung eigentlich nur von der Rechten erwartet hatte.<sup>4</sup> In den siebziger Jahren hatten viele Spanier geglaubt, sie könnten die Politik ihres Landes selbst beeinflussen; manche meinten damals sogar, ihre seit langem gehegten Ideale und Vorstellungen von einer besseren Zukunft nun im politischen Bereich verwirklichen zu können. Nach vier Jahrzehnten Diktatur hatte ihnen die Demokratie schließlich Mitspracherecht zugesagt. 20 Jahre später glauben nach den Umfragen des schon erwähnten Berichtes *La realidad social en España* über zwei Drittel der Spanier, keinerlei Einfluß auf das zu haben, was ihre Regierung tut, und denken, daß es die Regierung wenig kümmert, was das Volk von ihrer Arbeit hält.<sup>5</sup>

Joaquín Arango, der langjährige Leiter des staatlichen Umfrageinstituts *Centro de Investigaciones Sociológicas* (CIS) spricht von einer zunehmenden *desafección política*, von einer Abneigung, einem Unwillen gegenüber der Politik. Das sei eine Mischung aus Apathie, kritischer Grundhaltung, Distanz zu den Institutionen, Parteien und Politikern – eine Haltung, die auch in anderen europäischen Ländern heute anzutreffen ist, von den in vielen Dingen zur Übertreibung neigenden Spaniern allerdings besonders demonstrativ zur Schau gestellt wird. Arango hält die

3 Vgl. Umfragen und Wahlergebnisse, u.a. *La realidad social en España* (Anm. 1), S. 938.

4 Vgl. Walter Haubrich: »Hinter der Spanischen Wand. Der Sündenfall der PSOE«, in: *Kursbuch*, Heft 120: *Korruption*. Berlin, Juni 1995, S. 63-74.

5 S. 929.

Mehrzahl seiner Landsleute für schlecht informiert. Ihre Kenntnisse über politische Fragen seien oberflächlich, und das mache es ihnen schwer zu differenzieren, etwa in ihrem Urteil über verschiedene politische Führer, und fördere ein verallgemeinerndes Mißtrauen gegenüber Politik und Politikern.<sup>6</sup>

Ihr Mißtrauen gegenüber der Politik wissen manche Spanier mit einer Reihe von Argumenten zu rechtfertigen. Bei der intellektuellen Linken spielt Enttäuschung über die, um es unpolemisch auszudrücken, »pragmatische« Politik der PSOE-Regierung eine Rolle. Zum offenen Gegensatz kam es dann beim NATO-Referendum im März 1986, als die Sozialisten sich für den Verbleib im Atlantischen Bündnis einsetzten. Die NATO war jahrelang einer der festen Bestandteile des Feindbildes der spanischen Linken, die glauben konnte, die Sozialistische Partei werde Spanien aus dem Bündnis holen, wie es Wahlredner dieser Partei verkündet hatten, obwohl die Parteiführung nie versprochen hatte, bei dem von ihr angesetzten Referendum ein Nein zur NATO zu empfehlen. Das NATO-Referendum gehörte für Felipe González zu seiner Politik der *ambigüedad calculada*. Eine kalkulierte Ambiguität zwischen NATO-Verbleib und Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft. Nur wenn der von allen Spaniern gewünschte Beitritt zur Gemeinschaft erreicht werde, sei eine Mehrheit für den Verbleib im Bündnis zu erreichen, ließ González die Regierung der EG-Staaten, die Spanien in der NATO halten wollten, wissen.<sup>7</sup> Deshalb konnte das Referendum, das dann – mit besonders großem Einsatz von González selbst – gewonnen wurde, erst stattfinden, nachdem der Beitritt zur EG vollzogen war. Schon fünf Jahre nach den aufregenden, von großen Emotionen getragenen Kundgebungen für und gegen die NATO-Mitgliedschaft interessierte sich in Spanien kaum noch jemand für das Bündnis. Nach dem Fall der Berliner Mauer gilt die NATO den Spaniern – abgesehen von einigen orthodoxen Kommunisten – als eine Organisation, die sich vorwiegend mit Friedensmissionen beschäftigt und eine Sicherheit für sehr theoretische eventuelle Angriffe von irgendwoher auf Westeuropa garantiert. Man ist stolz auf die spanische Mitarbeit an NATO-Missionen auf Kriegsschauplätzen in mehreren Ländern der Welt und freute sich 1995, als Spaniens sozialistischer Außenminister Solana – lange Zeit übrigens ein Gegner der NATO-Mitgliedschaft seines Landes – Generalsekretär des Atlantischen Bündnisses wurde, und im November 1996 stimmten Konservative, Sozialisten und Regionalisten geschlossen für die volle Eingliederung der spanischen Streitkräfte in die militärische Kommandostruktur des Bündnisses.

Für den Überdruß der Linken an der Politik kann heute also die Haltung der Sozialisten zur NATO-Mitgliedschaft nicht mehr verantwortlich gemacht werden.

6 Vgl. *La Vanguardia* v. 4.2.1993 und 26.7.1995.

7 Felipe González und Hans-Dietrich Genscher in Gesprächen mit dem Autor.

Verärgerung, vor allem bei der historischen Linken, erregte die »pragmatische« Behandlung der Vergangenheit durch die sozialistische Regierung González'. Nicht nur, daß auf Abrechnung mit den Verantwortlichen der Diktatur und ihren begeisterten Erfüllungsgehilfen sowie den großen Nutznießern des autoritären Regimes verzichtet wurde, man konnte sogar den Eindruck haben, daß die konvertierten Anhänger Francos manchmal – bei Ämtervergabe etwa – gegenüber den erprobten Kämpfern für die Freiheit bevorzugt wurden. Wie auch bei anderen großen historischen Umwälzungen war die spanische *transición* eine gute Zeit für politische Opportunisten.

Ausschlaggebend für die Ablehnung der regierenden Sozialisten und wichtig auch für die zunehmende Geringschätzung politischen Tuns überhaupt waren auf der Linken wie auf der Rechten und in der Mitte die zu Beginn der neunziger Jahre aufgedeckten Fälle von Korruption in der sozialistischen Administration. Wenn die spanischen Sozialisten von ihren hundert Jahren Ehrbarkeit – *cien años de honradez* – sprachen, dann war das mehr als ein Wahlkampfslogan, obwohl sie gerade mit diesem Satz ihren überwältigenden Wahlsieg im Herbst 1982 errangen. Die hundert Jahre Ehrbarkeit glaubte man der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) auch noch bei den darauffolgenden Wahlen 1986 und 1989. Daß die Politiker der Linken ehrenwerte unbestechliche Leute seien, das war in Spanien schon fast ein Glaubenssatz. Selbst die traditionell undemokratische harte Rechte, die in der Franco-Diktatur das Sagen hatte, hielt die Linken zwar für fähig, die schlimmsten Dinge für ihre ja von Natur aus böse Ideologie zu tun und im Auftrage Moskaus oder der fast gleich gefährlichen europäischen Sozialdemokratie die traditionellen Werte Spaniens zu vernichten, doch ihren linken Gegnern vorzuwerfen, den Weg der Rechenschaft zu verlassen und sich persönlich zu bereichern, auf eine solche Idee wären auch die Propagandisten des Franco-Regimes und die kämpferischen Gegner der Demokratisierung nicht gekommen. Korruption galt den Spaniern lange Zeit hindurch als eine typische Begleiterscheinung rechtsgerichteter Regierungen. Wenn nun nach fast vierzehn Jahren sozialistischer Regierung die meisten Spanier glauben, es gebe in ihrem Land mehr Korruption als früher, und sich zudem unter den prominenten Korrupten Mitglieder der Sozialistischen Partei oder gar Vertrauenspersonen der sozialistischen Regierung befanden, dann müßte sich einiges in dieser Partei verändert haben. Es sei denn, man übernehme die auf der Gegenseite zu hörende Meinung, die hundert Jahre Rechtschaffenheit seien nur das Ergebnis fehlender Gelegenheit gewesen, was gewiß nicht richtig ist, denn es hat in den Kommunen auch vor der Franco-Diktatur linke und durchweg unbescholtene Bürgermeister gegeben. Den Volksfrontregierungen in Republik und Bürgerkrieg mag vieles vorzuwerfen sein, doch bestimmt kein unrechtmäßiger Umgang mit dem Geld des Staates. Hatte es also einen spektakulären Rückfall der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei

gegeben, wurde irgendwann einmal beschlossen, alle Werte abzuschaffen, sich einer, wie man hätte meinen können, neuen und korrupteren Zeit anzupassen? Es gab natürlich keine plötzliche Kehrtwendung. Die Wandlung in Denken und Verhalten vollzog sich langsam und in Etappen und betraf auch nur einen Teil der Partei. Die Bestechlichen und die, welche in die Kasse griffen, waren nur ganz wenige. Zunehmend größer wurde allerdings die Zahl derer, die dabei wegschauten. Die Toleranz gegenüber Gaunern in den eigenen Reihen nahm ständig zu. Ihre großen und kleinen Korruptionsskandale, das sei der Gerechtigkeit halber gesagt, hatten in Spanien während der Zeit der schnellen Geldvermehrung, des Wirtschaftsaufschwungs zwischen 1985 und 1992 fast alle Parteien. Die Sozialisten hatten über ein Jahrzehnt lang die Macht nicht nur im Staat, sondern auch in den weitaus meisten Regionen und in den wichtigsten Städten. Das vergangene Jahrzehnt war das Jahrzehnt von Felipe González, und auch die Korruption dieser Zeit wird Felipe González angekreidet, obwohl an seiner persönlichen Ehrbarkeit kaum jemand zweifelt. Unter der Regierung González hat Spanien seine größte wirtschaftliche Aufschwungsperiode erlebt, während derselben Regierung wurden auch die aufsehenerregenden Korruptionsfälle bekannt. In den wenig informierten und den durch manche Zeitungen und Rundfunksender bewußt desinformierten Kreisen der Bevölkerung verbreitete sich so schnell die simple, sicher falsche, doch leicht eingängige Ansicht, daß Politiker nun mal zu klauen pflegen, Sozialisten und Sozialdemokraten aber die größten Diebe seien. Der richtige Hinweis, zum ersten Mal würden jetzt, im demokratischen Spanien, die meisten großen Korruptionsfälle dank Pressefreiheit und unabhängiger Gerichte bekannt und verfolgt, hilft als Entschuldigung ebensowenig wie andere Rückgriffe auf die jüngere spanische Geschichte. Kontrolle war bei den regierenden Sozialisten ein höchst unbeliebtes Wort. Der frühere Minister und spätere Generalsekretär der NATO, Javier Solana, ein aufrechter Kämpfer gegen die Diktatur, sagte am Ende der sozialistischen Regierungszeit mit schöner Offenheit: »Wir hatten schließlich gegen ein alles kontrollierendes Regime gekämpft; sollten wir auch unsere eigenen Leute genauso kontrollieren?«<sup>8</sup> Gewiß nicht genauso und bestimmt nicht mit den gleichen Zielen; doch blindes Vertrauen war bei den vielen, nach dem großen Wahlsieg der Partei zugelaufenen Opportunisten höchst gefährlich und selbst gegenüber den in der eigenen Partei großgewordenen neuen Amtsträgern unangebracht. Gegen die Versuchung der Bestechlichkeit sind nicht einmal alle an den Werten der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit geschulten Parteigenossen gefeit. Die erprobten Werte der Sozialistischen Partei gerieten ab 1985, in den Jahren des großen wirtschaftlichen Aufschwungs Spaniens, in eine Krise: Schnell

---

8 Javier Solana im Gespräch mit ausländischen Journalisten im Palacio de Viana in Madrid im Mai 1995.

zu viel Geld zu kommen war in der Zeit der Spekulation ein neues lockendes Ziel für die Spanier geworden. Der damalige Wirtschafts- und Finanzminister Solchaga sprach vor in- und ausländischen Investoren einen aufmunternd gemeinten, doch gefährlichen Satz aus: Spanien sei, sagte er, das Land auf der Welt, in dem man zur Zeit am schnellsten und leichtesten sein Geld vermehren könne. Manche Leute aus der eigenen Partei verstanden dies als eine Empfehlung, ohne sich über die Mittel und die Formen der schnellen Geldvermehrung weitere Gedanken zu machen. Was ganz oben Selbstbewußtsein war, auch berechtigter Stolz auf die gelungene Reformpolitik, das führte weiter unten in der Administration zu einem Gefühl der Impunität, der Straffreiheit für alles, was man als Amtsträger der mächtigen und im Volk beliebten Regierung tat. So läßt sich vielleicht einiges vom kriminellen Tun des *Guardia Civil*-Chefs Roldán und der Korruption im Innenministerium, wo die Beamten sich doppelte Gehälter aus den Reptilienfonds zuschoben, erklären. Die *cultura del pelotazo*, die schnelle Geldvermehrung durch bedenkenlose Spekulation unter Ausnützung von Gesetzeslücken oder mit, wenn nicht verbotenen, so doch moralisch verwerflichen Methoden, wird gewöhnlich der sozialistischen Regierung angelastet. Gewiß, ihre Politik trug mit zu dem großen Wirtschaftsaufschwung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre bei, in denen sich Spanien mehr veränderte als je zuvor – grundsätzlich zum Positiven hin, denn die Hälfte der früher armen Bevölkerung stieg in diesen Jahren in den unteren Mittelstand auf. Allerdings: die Reichen wurden noch reicher. Wer schon viel hatte, konnte – wie bei schnellem Wachstum üblich – dieses besonders schnell vermehren. Von der *cultura del pelotazo* haben vor allem Leute profitiert, die nichts mit der sozialistischen Partei und Regierung zu tun hatten: etwa Finanziers und Broker, von denen einige vom konservativen Regierungschef Aznar später an die Spitze großer halbstaatlicher Firmen gesetzt wurden, und finanzielle Abenteurer, wie Javier de la Rosa und Mario Conde, die dann des Milliardenbetrugs angeklagt wurden. Daß ein geldgieriger und bedenkenloser Bankier wie Mario Conde jahrelang zum Idol der spanischen Gesellschaft werden konnte: am Königshof gern gesehen, von gekauften Journalisten hochgejubelt, von der Rechten zum Hoffnungsträger erkoren und von vielen jungen Spaniern als Vorbild gewählt, das deutet auf eine schwere Krise des Wertesystems in dieser spanischen Gesellschaft hin, für die auch die Regierung mitverantwortlich gemacht werden muß.

Die Enttäuschung über korrupte Politiker, die man lange für ehrenwerte Leute gehalten hat, führt verständlicherweise dazu, daß viele Bürger sich von der Politik entfremden. In der Volksempörung steckt allerdings auch viel Heuchelei. So mancher Spanier entschuldigt seine eigenen kleinen Betrügereien gegenüber dem Staat mit der Steuerhinterziehung des Notenbankpräsidenten Rubio und der Bestechlichkeit des *Guardia Civil*-Chefs Roldán. Die Sorge für das Gemeinwohl war unter den Spaniern nie sehr verbreitet. Die schweren Fälle von Korruption weit



oben im Staat haben den allgemeinen Hang, den Staat wann immer möglich zu betrügen, noch verstärkt. Betrug und persönliche Bereicherung dürften in der Politik seltener sein als in der Wirtschaft. Natürlich sind Politiker viel mehr als Unternehmer und Finanziers zu rigoroser Ehrenhaftigkeit verpflichtet.

Die Korruption, der geringe Einfluß des Einzelnen auf die Politik, nicht erfüllte Wahlversprechen, selbstherrliche Politiker, das Verschwinden klar umrissener ideologischer Gegensätze, eine nicht objektiv informierende parteiische Kampfpresse – das alles hat sicher eine Rolle gespielt für den Rückgang des politischen Interesses; doch alle diese Argumente verdecken häufig auch persönliche Bequemlichkeit oder die gewiß nicht falsche Überzeugung, daß politisches Engagement zumindest einen Umweg bedeutet auf der schnellen Fahrt zum großen Geld. Die spanische Rechte hatte, als ihr Weg zur Macht noch lang und steinig erschien, große Schwierigkeiten, begabte Leute aus ihren eigenen Reihen für die Arbeit in der Partei und im Parlament anzuheuern. Die Söhne aus reichen Familien und mit den nützlichen Beziehungen konnten fast überall viel mehr verdienen als in der Politik. Der frühere Abgeordnete Oscar Alzaga, ein vielverdienender Wirtschaftsanwalt, antwortete Ende der achtziger Jahre einmal auf die Frage, warum er so selten im Abgeordnetenkonkreß zu sehen sei: »Jeden Nachmittag, den ich im Kongreß verbringe, verliere ich einige Millionen Peseten«.<sup>9</sup> Hinzu kommt, daß in den konservativen und frankistischen Kreisen die Politik der Demokratie mit großem Mißtrauen beobachtet wurde. Unter Franco beschränkte sich die politische Pflicht auf einige wenige Beteuerungen der Loyalität zum Regime, um seine Privilegien nicht zu verlieren. Nachdem 1977 bei den ersten Wahlen der Transition schon deutlich wurde, daß nur eine kleine Minderheit der Spanier den Erhalt des alten Regimes befürwortete – die gemäßigt frankistische Volksallianz (AP), früherer Name der Volkspartei (PP), erhielt nur acht Prozent der Stimmen, die offen antidemokratischen Parteien der extremen Rechten keinen einzigen Abgeordneten –, da warteten die meisten ängstlich distanziert ab, ob der demokratische Spuk nicht vielleicht doch bald vorbei sei. Andere unterstützten finanziell Putschvorbereitungen, wieder andere wählten die Volksallianz (AP), halfen dieser Partei auch wirtschaftlich in der geduldigen Hoffnung auf bessere Zeiten, in denen das Naturgesetz, nach dem die Regierenden aus der soziologischen Rechten zu kommen hätten, und die *gente bien*, die konservativen und wohlhabenden Familien, wieder das Sagen hätten, von neuem gültig sein würde.

An politischen und ideologischen Fragen war und ist man auf der spanischen Rechten wenig interessiert, es sei denn, solche Fragen wirkten sich auf die Bemühungen aus, den übernommenen Besitzstand zu bewahren oder auszuweiten.

---

<sup>9</sup> Oscar Alzaga in mehreren Gesprächen mit Auslandskorrespondenten in den siebziger Jahren in Madrid.



Als es sich zeigte, daß die Sozialisten in ihrer langen Regierungszeit der traditionellen soziologischen Rechten nur wenige Privilegien nehmen wollten oder konnten, fand man sich auch mit dieser »antinatürlichen« Situation ab und versuchte, das vor allem finanziell Beste daraus zu machen. Als dann 1993 die Chancen auf eine Machtübernahme der Volkspartei (PP) auf dem normalen demokratischen Weg der Wahlen anstiegen, engagierte sich auch die alte Rechte wieder stärker politisch. Allein mit ihren Stimmen kann sie allerdings noch keine Wahlen gewinnen: Der knappe Sieg der Volkspartei im März 1996 mit weniger als 300.000 Stimmen Vorsprung vor der damals am untersten Punkt ihres Prestiges stehenden Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei war nur möglich dank der Stimmen eines beachtlichen Teils des progressiv-liberalen Mittelstandes in den Großstädten und auch dank gar nicht so weniger Arbeiter, etwa in den roten Industriegürteln um Madrid, Valladolid, Zaragoza und in Asturien. Wähler also, die in den achtziger Jahren ihre Stimmen den Sozialisten oder dem liberalen Demokratisch-Sozialen Zentrum (CDS) von Adolfo Suárez gaben. José María Aznar profitierte 1996 vom Verschwinden der Partei von Suárez, die schließlich eine bürgerliche Alternative zu seiner Volkspartei war.

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre ging aus den Meinungsumfragen lange Zeit hindurch Julio Anguita, ein überzeugter und in den meisten Fragen orthodoxer Kommunist, als der angesehenste Politiker Spaniens hervor. Das kann nach der Bankrott-Erklärung der kommunistischen Staaten sicher als ein kurioses Phänomen betrachtet werden und könnte zu dem Schluß verführen, daß Spanien – wie es auch die Propaganda der Franco-Diktatur gepredigt hat – halt »anders« sei, nicht wie die übrigen westeuropäischen Länder denke und fühle, sich auch politisch anders definiere. Anguita pflegt in schulmeisterlicher Attitüde von oben herab Allgemeinplätze und Allerweltsweisheiten zu verkünden. Gewiß, er verzichtet im heftigen politischen Streit gewöhnlich auf die persönlichen Beleidigungen und Verunglimpfungen – dafür hat er andere in der von ihm geführten Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) –, mit Ratschlägen und Ermahnungen an die konservativen und sozialistischen Streithähne spart er indes nicht. Doch es ist wohl nicht die verbale Zurückhaltung, die dem Kommunistenführer die Wertschätzung so vieler Landsleute einträgt; es dürfte sein pädagogischer Gestus sein. Zahlreiche Spanier lassen sich wohl gern belehren, besonders, wenn das in der paternalistischen Form eines Schulmeisters oder Pfarrers geschieht. Die Fanatiker der ideologischen Rechtgläubigkeit, die marxistischen Dogmatiker in der Kommunistischen Partei, werden geschätzt und finden noch Wähler, gerade weil sie ihre Meinung nicht geändert haben und weiter an ihren Zielen festhalten, so utopisch, ja absurd diese auch sein mögen. Es gilt ja auch vielen Spaniern immer noch als richtig und ehrenwert, in Diskussionen an ihrer Ausgangsposition festzuhalten, sich nicht überzeugen zu lassen, selbst, wenn man längst weiß, daß man unrecht

hat. Die in weiter Ferne liegenden Ziele eines Anguita – Wahlsieg und Regierungsübernahme irgendwann einmal im nächsten Jahrhundert – imponieren offensichtlich immer noch zahlreichen Spaniern. Der Glaube an die Geschichte – »die uns einmal Recht geben wird«, so Anguita<sup>10</sup> – und die Hoffnung auf Utopie ist in der spanischen Bevölkerung stärker verwurzelt als in anderen Nationen. Selbst die These von »den beiden Ufern« findet noch Anklang. Der kommunistischen Parteiführung zufolge befinden sich Sozialisten, Volkspartei und Regionalisten auf dem einen Ufer des großen Flusses, die Vereinigte Linke (IU), also die Kommunistische Partei Spaniens und die kleinen mit ihr verbündeten Gruppen auf dem anderen, dem richtigen Ufer, da, wo die Geschichte vorbeikommt. Da die historische Wahrheit und korrekte Politik nur auf der einen Seite des Ufers, da, wo die Vereinigte Linke wohnt, zu Hause ist, muß es völlig gleich sein, wer auf der anderen Seite stärker ist: die Konservativen oder die Sozialisten. Erstes Ziel für die Kommunisten und andere »wirklich linke« Gruppen muß es sein, den Sozialisten Schaden zuzufügen, deren Wähler zu der Vereinigten Linken auf ihr Ufer herüberzuholen. Erst dann, wenn die Vereinigte Linke, geführt von der Avantgarde, also der Kommunistischen Partei Spaniens, eine große politische Formation der Linken sein wird, ist der Augenblick gekommen, gegen die Parteien rechts von den Sozialisten zu kämpfen. Nach dieser Theorie macht es Anguita keine großen Schwierigkeiten, seine parlamentarische und propagandistische Hilfe für die Volkspartei zu rechtfertigen, selbst bei so umstrittenen und von den linksgerichteten Spaniern eigentlich abgelehnten Maßnahmen der Regierung gegen eine als linksliberal geltende Mediengruppe. Die Vereinigte Linke hat mit diesen Thesen immerhin 10,58% der Stimmen bei den Parlamentswahlen im März 1996 erhalten, ein knappes Prozent mehr als drei Jahre zuvor.<sup>11</sup> Wenn der Aufschwung im gleichen Rhythmus bei allen Wahlen weitergeht, müssen Anguita und seine Partei allerdings noch viele Jahrzehnte bis zum Wahlsieg und zur Regierungsübernahme warten.

Die Demokratie wurde den Spaniern nicht geschenkt. Das spanische Volk hat sie sich unter vielen Opfern, auch Todesopfern, erkämpft. Der friedliche Übergang in Spanien hat mehr Tote gekostet als der ein Jahr zuvor mit einem Militärputsch eingeleitete revolutionäre Prozeß im Nachbarland Portugal. Kein König und nicht die Politiker haben den Spaniern die Demokratie gebracht. Das spanische Volk hat sie gewollt, ist, um diesen seinen Willen kundzutun, auf die Straße gegangen, hat gestreikt, hat sich unbewaffnet den bewaffneten Gegnern eines freiheitlichen Rechtsstaates entgegengestellt. Natürlich waren es nicht die 40 Millionen Spanier, die für die Demokratie auf die Straße gingen, es war, wie immer,

10 Julio Anguita im *Círculo de Corresponsales*, Madrid, Hotel Los Galgos, im Mai 1993.

11 Vgl. *El País* v. 5.3.1996, S. 25 und *El País*, *Anuario* 1997, S. 79.

eine Minderheit, die Mut zum Kampfe zeigte, ja manchmal ihr Leben riskierte. Sicher haben Politiker – der Gekrönte wie eine ganze Reihe ungekrönter – große Verdienste am geglückten Übergang. Der Weg Spaniens von der Diktatur zur Demokratie ist zu Recht im Ausland bewundert und dann nach 1989 in den Ländern Mittel- und Osteuropas als mögliches Vorbild studiert worden. Bei der mühsamen politischen Neuordnung mag wenig Zeit geblieben sein für den Aufbau eines neuen Wertesystems. Die Werte des Franco-Regimes hatten schon lange vor der Ablösung dieses Regimes ihre Glaubwürdigkeit verloren. Die Spanier spürten in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre deutlich den Gegensatz zwischen der politischen Rhetorik und dem realen Geschehen in ihrem Land, sie erkannten die Verlogenheit und das Fehlen von Authentizität der offiziellen Moral. Sie versuchten hin und wieder, im Ausland akzeptierte Werte zu übernehmen und ausländische Bräuche nachzuahmen, ohne diese gut zu kennen. Das Gefühl, anders zu sein als die übrigen Europäer, war noch nicht ganz verschwunden. Anders sein bedeutete in der Zeit der beginnenden Demokratie vorwiegend, sich unterlegen zu fühlen. Dieser nationale Minderwertigkeitskomplex existiert heute nur noch bei wenigen Spaniern; die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und die Kenntnis anderer europäischer Länder, der Menschen und der Lebensgewohnheiten in diesen Ländern hat vor allem bei der Jugend das nationale Selbstbewußtsein gestärkt. Die Krise der alten Werte trug sicher dazu bei, daß so viele Spanier sich in den achtziger Jahren hauptsächlich am schnellen Gelderwerb orientierten, der damals allerdings zum ersten Mal für einen großen Teil der Bevölkerung überhaupt möglich wurde. In Zeitschriften und Fernsehen wurden die Spekulanten, die bedenkenlosen Finanzabenteurer gefeiert; sicher galten sie manchen Spaniern als Vorbilder, solange zumindest, bis die bekanntesten von ihnen als Betrüger und Milliarden diebe entlarvt wurden. Von einer Sozialistischen Partei hätte man sicher erwarten können, daß sie einen vorwiegend materialistischen Wertekatalog relativiere; doch offensichtlich blieb den Regierenden in den achtziger Jahren dazu keine Zeit, so sehr waren sie mit der schließlich ja auch recht erfolgreichen Reform der spanischen Wirtschaft beschäftigt. Daß zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft hohe Vermittlerprovisionen, ja auch Gaunereien gehörten, waren die Verantwortlichen der sozialistischen Jahre leicht geneigt zu glauben. Sie verinnerlichten das etwas zu sehr, wodurch sie nachsichtig gegenüber Bereicherung in den eigenen Reihen wurden. Doch wenn die schon immer Wohlhabenden den Angehörigen der sozial unteren Volksschichten materialistisches Denken und Handeln vorwerfen, weil diese die ihnen so selten gebotene Gelegenheit nutzten, ihren geringen Lebensstandard etwas zu verbessern, so ist das sicher eine besonders zynische Form von Heuchelei. Daß mit der wirtschaftlichen Entwicklung auch manch liebenswerte Verhaltensformen der Spanier seltener anzutreffen sind, wird man bedauern. Doch sollte man gegenüber den

sogenannten Tugenden des »ewigen« Spaniers, denen in traditionalistischen Kreisen noch nachgeweint wird, mißtrauen. Dieser ewige oder echte Spanier, wie ihn die Propaganda der Diktatur dann auch zur Werbung für den Fremdenverkehr benutzte, hatte arm und stolz, mutig und leidenschaftlich, ehrlich und uneigennützig zu sein. Juan Goytisolo schreibt dazu: »Die vermeintlichen 'Tugenden' existieren oft nur in der Meinung derer, die sie uns zuschreiben, und wenn man sie vernünftig unter die Lupe nimmt, verwandeln sie sich häufig in Fehler. So kann die vielgepriesene 'asketische' Armut der Spanier keine Tugend sein aus dem einfachen Grund, weil sie nicht das Ergebnis einer freien, somit moralischen Wahl ist, sondern das einer anachronistischen Lebenswirklichkeit, die wir seit Jahrhunderten ertragen, und gegen die zu rebellieren uns der nötige Mut fehlt.«<sup>12</sup>

Nicht so sehr das Wählerverhalten als die politischen Stimmungen und die Wertvorstellungen wechseln in Spanien schneller als in anderen europäischen Ländern. Vor den Wahlen 1993 erschreckte die Zeitung *El País* ihre Leser mit der Veröffentlichung von Umfragen nach den wichtigsten Interessen und Lebenszielen spanischer Studenten. Die Studenten interessierten sich fast nur für privates Wohlergehen sowie beruflichen und materiellen Erfolg. Der Frieden in der Welt, größere soziale Gerechtigkeit, Ende des Hungers in den unterentwickelten Ländern schien nur wenigen Sorgen zu machen, erschien jedenfalls nur vereinzelt in den Antworten. Doch in der gleichen Zeit und auch in den Jahren danach demonstrierten immer wieder Tausende von jungen Spaniern in Zelten bei kaltem und nassem Wetter mitten in den Großstädten für eine Erhöhung der von ihrem Land gezahlten Entwicklungshilfe. Wenn auch die Hinwendung zum Privaten, zum Beruf und der Familie unter den Spaniern, welche Diktatur und Transition nicht mehr bewußt miterlebt haben, unbestritten ist –, so bedeutet das nun nicht, daß die Generation der heute 18-25jährigen nicht auch für große gemeinschaftliche Projekte zu gewinnen sei. Solidarität gilt ihnen noch nicht als ein eher belächelter Terminus aus dem Moralkatalog der Alten; Sammlungen gegen Hungersnöte und Flüchtlingsbewegungen in der Dritten Welt bringen in Spanien immer noch mehr ein als in anderen westeuropäischen Ländern.

Über den Verfall der guten Sitten im politischen Umgang miteinander beklagen sich zu Recht viele Spanier. Ihre Vorwürfe richten sich an die Gruppe von Menschen, die man hinter den Pyrenäen gerne *la clase política* nennt. Zu dieser »politischen Klasse« gehören außer den aktiven Politikern die Journalisten, viele Intellektuelle, Wirtschaftsführer, Gewerkschaftler sowie Kirchenfürsten und in einem Land mit einer stark politisierten Justiz auch zahlreiche Richter und Staatsanwälte. Die Politisierung der Justiz und mit ihr auch die Justizialisierung der Politik

12 Juan Goytisolo: *Examen de Conciencia / Spanische Gewissensforschung*. Kempten im Allgäu 1966, S. 67.

bedeuten nach Meinung vieler Beobachter eine Gefahr für den Rechtsstaat in Spanien. Spaniens Justiz war natürlich nie wirklich unpolitisch, auch nicht in der Zeit Francos, als die allermeisten Richter und Staatsanwälte sich darauf beschränkten, brav die bestehenden Gesetze – selbst, wenn diese Gesetze des Unrechtsstaates waren – in ihren Urteilen anzuwenden. Kritik an der Diktatur kam von den Richtern sehr selten, hingegen viel häufiger von den Rechtsanwälten. Manche Richter, gewiß eine Minderheit, taten sich durch Übererfüllung ihres politischen Solls hervor; sie verurteilten die wegen politischer Delikte angeklagten Regimegegner zu härteren Strafen, als es die Gesetze vorsahen: etwa Gewerkschaftler zu 20 Jahren Gefängnis wegen Zugehörigkeit zu den damals illegalen freien Gewerkschaften. Diese »schrecklichen Juristen«<sup>13</sup> taten vor allem an den Sondergerichten, wie dem Gericht zur Unterdrückung der Freimaurerei und des Kommunismus (*Tribunal de Represión de la Masonería y del Comunismo*) und ab 1963 am Gericht für Öffentliche Ordnung (*Tribunal del Orden Público*) ihren Dienst. Gegen Ende der Francozeit bildeten einige demokratische Richter die Vereinigung *Justicia Democrática*. Die konservativen Kollegen schlossen sich dann später in einer weiteren Organisation zusammen, und schließlich bildete sich noch ein dritter Verein, der sich politisch in der rechten Mitte ansiedelte. Die Gruppenzugehörigkeit wurde in der Demokratie wie eine politische Etikette der einzelnen Richter gebraucht. Nach der langen Vorherrschaft der konservativen und rechtsextremen Richter holten die sozialistische Regierung und die politische Mehrheit dieser Partei im Parlament vorwiegend als fortschrittlich geltende Richter in wichtige Ämter, wie etwa in dem neugegründeten Obersten Rat der Richterlichen Gewalt (*Consejo Superior del Poder Judicial*). Die seit Mai 1996 regierende konservative Volkspartei wechselte diese dann durch konservative Richter und Staatsanwälte aus, von denen einige aktiv gegen die Demokratie gearbeitet hatten. Die berufsständischen politischen Organisationen der Richter und Staatsanwälte nehmen öffentlich Stellung zu zahlreichen politischen Entscheidungen, nicht nur der Rechtspolitik. Einige Richter zeigen einen großen politischen Ehrgeiz und einen auffallenden Hang zur Publizität. Sie informieren Zeitungen und Fernsehen im voraus über die von ihnen angeordneten, an sich geheimen Polizeiaktionen und stehen im Verdacht, Zeitungen geheime Unterlagen aus politisch brisanten Verfahren zukommen zu lassen. Einige Untersuchungsrichter wie Baltasar Garzón und Javier Gómez de Liaño sind von den Medien zu »jueces estrellas«, Starrichtern, ernannt worden, woran sie offensichtlich großen Gefallen finden. Die Zeitungen pflegen zum Beispiel zu schreiben: »Der Richter Garzón ließ 30 mutmaßliche Drogenhändler verhaften«, statt, wie es in anderen

---

13 Der Ausdruck von Hochhuth wurde von dem *El País*-Korrespondenten José Comas in die politische Umgangssprache Spaniens gebracht.

Ländern üblich wäre: »der nationale Gerichtshof ordnete die Verhaftung an«. Die Arbeitsergebnisse dieser Starrichter lassen dann allerdings viel zu wünschen übrig: Mehrere aufsehenerregende Prozesse, die Garzón als Untersuchungsrichter vorbereitete, endeten später mit Freispruch, weil für die Richter, die das Urteil zu fällen hatten, die von dem Untersuchungsrichter ermittelten Beweise nicht stichhaltig waren. Gómez de Liaño mußte in dem von ihm eingeleiteten Verfahren gegen den Fernsehsender *Canal+* innerhalb von zwei Wochen gleich dreimal von der ihm übergeordneten Gerichtskammer scharf gerügt werden. Diese Richter schicken besonders gern prominente Beschuldigte in Untersuchungshaft, auch wenn es keine triftigen Gründe, wie Flucht oder Verdunkelungsgefahr, dafür gibt. Sie drängen sich häufig nach Verfahren mit bekannten Beschuldigten und versuchen, diese den eigentlich zuständigen Richtern streitig zu machen. Die gleichen Richter sehen keinen Grund, sich für befangen zu erklären, wenn Beschuldigte oder Angeklagte, wie etwa in dem Fall eines Verfahrens gegen hohe Amtsträger des Innenministeriums, das der ehemalige Staatssekretär in diesem Ministerium, Garzón, führt, frühere Kollegen und Rivalen des Untersuchungsrichters sind. Die höheren Organe der Justizverwaltung drängen aber auch nicht auf Befangenheitserklärung und lassen so zu, daß Ex-Staatssekretär Garzón seinen Intimfeind Vera, der zur gleichen Zeit Staatssekretär im gleichen Ministerium war und dessen Amt Garzón haben wollte, untersucht. Korpsgeist und Standesbewußtsein sind in der spanischen Justizverwaltung besonders groß. Die enge Zusammenarbeit zwischen einem Untersuchungsrichter, zwei wegen sechs Mordversuchen verurteilten Polizisten, dem Chefredakteur einer großen Zeitung und dem Generalsekretär der damals größten Oppositionspartei mit Zusammentreffen der Beteiligten im Büro des Journalisten oder in Hotelbars, um dort über eventuell des Staatsterrors anzuklagende Politiker zu sprechen, wäre in anderen europäischen Ländern zu einem großen Skandal geworden, wird in Spanien aber einfach so hingenommen. Ebenso wie die Tatsache, daß die Aussagen der beiden Polizeiterrorkisten gleichzeitig mit dem richterlichen Verhör oder kurz danach in der auf die Enthüllung von tatsächlichen oder angeblichen Skandalen spezialisierten Zeitung *El Mundo* erscheinen. Daß die Untersuchung für streng geheim erklärt wird, die Ergebnisse in der gleichen Zeitung aber in Serienform veröffentlicht werden, scheint niemanden und am wenigsten den Richter zu stören.

Viele spanische Journalisten möchten lieber selbst Politik machen als über Politik zu schreiben. Manche Journalisten schreiben zunächst Politikern Parlamentsreden und dann über diese Politiker und ihre Reden in ihren Zeitungen. Die konservative Opposition in der Zeit der sozialistischen Regierung übernahm das Material ihrer parlamentarischen Kritik vorwiegend aus vorangegangenen Veröffentlichungen der Zeitungen *El Mundo* und *ABC*. *El Mundo* fordert heute auf seinen Zeitungsseiten politische Maßnahmen, die dann einige Tage später von der

Regierung beschlossen werden. Journalisten arbeiten auch manchmal Untersuchungsrichtern in die Hand; in der heftigen Auseinandersetzung um das Digitalfernsehen, die 1997 Spanien sehr beschäftigte, offenbar auch in enger Zusammenarbeit mit Regierungsämtern.

Wie so ein den Rechtsstaat in Frage stellendes enges Zusammenspiel der verschiedenen Gewalten aussehen kann, läßt sich an der Geschichte der gerichtlichen Untersuchung gegen den privaten Fernsehsender *Canal+* demonstrieren, der zu einem Viertel der Verlagsgruppe der regierungskritischen Zeitung *El País* gehört. Ein von einigen Betriebswirtschaftlern verfertigtes Gutachten über den Umgang mit der von Abonnenten bezahlten Decoder-Kaution durch *Canal+* wurde der weit rechts stehenden, regierungsnahen Wochenzeitung *Época* zugespielt.<sup>14</sup> Der Hauptautor des Gutachtens erklärte später, ein Staatssekretär der Regierung Aznar habe diesen Bericht bei ihm in Auftrag gegeben. Der Herausgeber der Zeitschrift, der alt-frankistische Journalist Campmany, erstattet aufgrund dieses in seiner Zeitschrift veröffentlichten Berichtes Anzeige gegen *Canal+*, so zeitgerecht, daß die Bearbeitung der Anzeige dem ihm befreundeten Untersuchungsrichter Gómez de Liaño zufällt. Gómez de Liaño leitet ein Verfahren gegen die Vorstandsmitglieder von *Canal+* ein, unter ihnen die führenden Leute der Zeitung *El País*, verbietet diesen zeitweise die Ausreise, droht mit Untersuchungsgefängnis, obwohl es in Spanien über den Umgang mit solchen Kauttionen weder Gesetzgebung noch Rechtsprechung gibt und der sehr liquide Fernsehkanal immer, wenn das von Abonnenten verlangt wurde, die vorgelegten Kautionssummen sofort zurückzahlte. Die immer neuen Meldungen über das seltsame Untersuchungsverfahren brachten Unsicherheit unter die Abonnenten von *Canal+* und die der von der gleichen Gruppe mitbetriebenen Plattform für Digitalfernsehen, möglicherweise auch unter die Geschäftsfreunde des erfolgreichen Medienkonzerns, dem *El País*, eine große Rundfunkkette und 25% von *Canal Plus* gehören. Der Haupteigentümer dieser Mediengruppe wurde in wenigen Wochen immer wieder im staatlichen spanischen Fernsehen gezeigt, wie er die Treppe zum Untersuchungsgericht hochging. Da können auch die gutgläubigsten Spanier nicht mehr an Zufall denken.

In den Jahren der Demokratie haben sich in Spanien zwei verschiedene Konzeptionen von Journalismus herausgebildet. Die eine Auffassung betrachtet die Zeitung, die vielgehörten politischen Sendungen des Rundfunks und die Fernsehnachrichten als Instrumente des politischen Kampfes, der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition oder der einzelnen politischen Parteien. Die Zeitung etwa hat ein politisches Ziel, dem die Auswahl und Präsentation der Information streng untergeordnet wird. Auf der Gegenseite stehen Journalisten,

---

14 Vgl. *Época* v. 27.1.1997.



die auch ihre politischen Sympathien haben, diese im Meinungsteil nicht verschweigen, sich jedoch bemühen, Informationen ohne Ansehung der jeweiligen politischen Seite zu veröffentlichen. Beide Konzeptionen von der Aufgabe einer Tageszeitung mag man für berechtigt halten. Heikel wird es, wenn – wie im Spanien der vergangenen Jahre häufig geschehen – Zeitungen im politischen Kampf auch vor erfundenen Skandalen nicht zurückschrecken, falsche Informationen nicht korrigieren oder sogar, wie *ABC*, eine gefälschte Meinungsumfrage veröffentlichen.<sup>15</sup> Einen Skandal der ganz besonderen Art stellt die Radiokette der spanischen Bischofskonferenz dar. Sie praktiziert vulgärste Formen von Rundfunkjournalismus, scheut auch vor Obszönitäten nicht zurück, verbreitet einseitig eine ganz bestimmte Meinung und pflegt in ihren *Tertulias*, den politischen Debatten, vor allem die in Spanien verbreitete Kunst der ständigen Beschimpfung politisch Andersdenkender. Einige Bischöfe haben gegen den mehrheitlich der Bischofskonferenz gehörenden Sender öffentlich protestiert; andere rechtfertigen dessen sensationalistisches und politisch einseitiges Programm mit der Notwendigkeit, Geld zu verdienen.<sup>16</sup>

Gewiß wurden über Zeitungsveröffentlichungen manche Skandale und Skandalaffären in der von den Sozialisten geführten zentralen Administration und auch in einigen, von verschiedenen Parteien regierten Regionen aufgedeckt, manche davon in der Zeitung *El Mundo*. Doch hat das gleiche Blatt auch über einige Finanzskandale berichtet, die keine waren; so wurden Personen, wie etwa der Schwager des Ministerpräsidenten González, dem nichts vorzuwerfen war, eine Zeitlang an den Pranger gestellt. Wenn es sich dann erwies, daß die Angeprangerten zu Unrecht beschuldigt wurden, weigerten sich Zeitungen wie *El Mundo*, ihre falschen, häufig verleumderischen Anschuldigungen zu korrigieren. Politiker haben in Spanien kaum Chancen, gerichtliche Verfahren gegen Kommunikations- und Meinungsmedien zu gewinnen. Die Gerichte geben im Prinzip der freien Berichterstattung fast immer Vorrang gegenüber der persönlichen Ehre von Personen aus dem öffentlichen Leben. Für den sogenannten investigativen Journalismus braucht man in Spanien vor allem zwei Dinge: einen Briefkasten und ein Scheckbuch. Manche belastenden Dokumente werden Zeitungen einfach zugeschickt, für andere muß man bezahlen. Die belastenden Dossiers stammen, wenn sie nicht schlichtweg gefälscht sind, häufig aus Diebstählen, begangen von ungetreuen Beamten, die wiederum für das von ihnen entwendete Diebesgut von betrügerischen Finanziers und auch von manchen Medien hoch bezahlt werden. Der des Millionenbetruges angeklagte ehemalige Bankier Conde bekam offensichtlich

15 Vgl. *ABC* v. 14.2.1996, S. 22f., v. 16.2.1996, S. 8 und S. 24, und *El País* v. 17.2.1996, S. 25 und v. 21.2.1996, S. 18.

16 Bischöfe im Gespräch mit dem ehemaligen Justiz- und Außenminister Francisco Fernández Ordóñez, von diesem dann ohne Dementi der Bischöfe im größeren Kreis veröffentlicht.

viele der dann in der von ihm mitgegründeten Zeitung *El Mundo* veröffentlichten Dokumente von dem inzwischen auch angeklagten Obristen des militärischen Geheimdienstes Perote, der Mitschnitte der von seinem Dienst abgehörten Telefongespräche und Kopien der allergeheimsten Dokumente bei seinem Ausscheiden mit nach Hause genommen hatte. Als einziger der großen Skandale wurde der des diebischen *Guardia Civil*-Chefs Roldán durch wirkliche journalistische Recherchen aufgedeckt. Nach einem anonymen Hinweis aus der *Guardia Civil* überprüften zwei Redakteure der Tageszeitung *Diario 16* das Vermögen Roldáns und stellten bald fest, daß sich dessen Haus-, Grund- und Aktienbesitz in seinen Jahren an der Spitze der größten Polizeiformationen Spaniens auf geradezu wunderbare Weise vermehrt hat.

Die meisten spanischen Intellektuellen tragen wenig Positives zur politischen Kultur ihres Landes bei. Die Schriftsteller schreiben in den Zeitungen viele Kolumnen über Ereignisse und Hintergründe des politischen Lebens, über das sie gewöhnlich nur oberflächlich informiert sind. Auch die Artikel von literarisch geschätzten Autoren wie Muñoz Molina, Vázquez Montalbán, Millás oder des Philosophen und Essayisten Savater verraten häufig, daß sie schnell und ohne genaue Kenntnisse des Sachverhaltes heruntergeschrieben wurden. Für den einst so geschätzten *polígrafo*, den Schriftsteller, der über fast alles Lesenswerte in angenehmen und eingängigen Formulierungen mitteilen konnte, dürften die Zeiten und das Geschehen in Spanien wie auf der Welt zu kompliziert geworden sein. Die eitlen und leeren Selbstdarstellungen eines Francisco Umbral oder die von Ignoranz strotzenden politischen Kurzglossen eines Antonio Gala helfen eifrig mit, die politische Unkultur in Spanien zu verbreiten. Schriftsteller, die sich vorwiegend zu gesellschaftlichen und politischen Fragen äußern, in denen sie sich auskennen – also etwa Juan Goytisolo, Julio Llamazares oder Manuel Rivas – sind leuchtende Ausnahmen in dem recht düsteren Dickicht der Literatur-Kolumnisten.

Die Professoren spanischer Universitäten schreiben gern in Zeitungen und lassen sich oft zu Rundfunk- und Fernsehdiskussionen einladen. Die höchst unterschiedliche Qualität der einzelnen Beiträge läßt keine Schlüsse auf das intellektuelle Niveau der heutigen spanischen Universität zu; sicher ist, daß über manchen ständigen Professorenkolumnen die um ihren guten Ruf besorgten Universitäten nicht glücklich sein können.

Die 28 Jahre Demokratie waren für viele Spanier eine neue Erfahrung: für die, welche aus den Katakomben des Widerstandes kamen, wie auch für die, die sich freiwillig in den Dienst der Diktatur begaben und daraus einen beachtlichen Nutzen für sich selbst gezogen hatten. Die von ihnen als Hauptaufgabe betrachtete Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates hat es einigen früheren Widerständlern einfach gemacht, bei ihrer Verteidigung der Demokratie die Grenzen des Rechtsstaates manchmal zu überschreiten. Mit den Ideologien haben jetzt fast

alle ihre Probleme. Auf der Linken herrscht noch Konfusion; die überzeugten Rechten benutzen die Instrumente der Demokratie, an die sie immer noch nicht so recht glauben können, um den staatlichen Machtapparat ganz in ihre Hand zu bekommen. Ihr neues Selbstbewußtsein gründet sich auf die nach den Wahlen 1996 wiedergewonnene Überzeugung, daß die Geschichte ihnen früher oder später immer wieder recht gibt, worüber mit rationalen Argumenten zu diskutieren sie aber nicht bereit sind. Der extreme Regionalismus, der sich in einigen spanischen Regionen Nationalismus nennt, scheint manchen einen Ausweg aus der ideologischen Konfusion oder anderen eine Zuflucht, um von der ideologischen Leere wegzukommen, zu bieten. Doch gerät das nationalistische Denken, will es mehr als pragmatisches Kirchturnsdenken sein, bald schon in eine Sackgasse. Der sogenannte gemäßigte Nationalismus, wie ihn *Convergència i Unió* in Katalonien oder der *Partido Nacionalista Vasco* im Baskenland verstehen, stößt, wenn einmal alle Autonomieforderungen erfüllt sind, an eine Mauer, auf deren anderer Seite nur Separatismus und Unabhängigkeit in Form von provinzieller Kleinstaaterei warten. Trotz allem: die großen ideologischen Einteilungen, etwa in rechts und links, spielen in Spanien noch eine wichtige Rolle, was dann manche extrem pragmatischen britischen oder nordamerikanischen Beobachter gar nicht verstehen wollen oder können.<sup>17</sup>

Gegenüber einer politischen Klasse, die sowohl intellektuell wie moralisch viel zu wünschen läßt, bei einer gereizten, es mit der Wahrheit nicht gerade genuehmenden politischen Diskussion eines von persönlichen Verunglimpfungen und derben Beschimpfungen bestimmten Parteienstreits und bei zunehmendem Egoismus in der Ausübung der Macht hat sich die Mehrheit der Spanier beim wichtigsten Akt der politischen Mitbestimmung, bei den Wahlen, doch von den Argumenten der Vernunft und von der Abstimmung eigener Interessen mit denen ihrer sozialen Klasse und des gesamten Landes bestimmen lassen. Bei aller verständlichen Ernüchterung besteht doch wohl kein Grund, die Fortdauer der spanischen Demokratie, die, wie auch woanders, nie eine makellose Demokratie sein wird, als gefährdet zu betrachten. Dafür sind die Erinnerungen, oder bei den Jüngeren das von früheren Generationen Gehörte, noch zu frisch.

---

17 Vgl. etwa Henry Kamen: »La proyección de un país, que aún es diferente«, in: *La Vanguardia* v. 28.11.1995, S. 48.